

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2024/ich-haette-nicht-fuer-moeglich-gehalten-was-meiner-tochter-angetan-wurde/> 13.3.2024

„Ich hätte nicht für möglich gehalten, was meiner Tochter angetan wurde“
In Mecklenburg-Vorpommern wird ein 16jähriges Mädchen vor den Augen ihrer Mitschüler plötzlich von drei Polizisten aus dem Unterricht geholt. Das Vergehen: Sie sagt auf TikTok, daß Deutschland ihre Heimat sei und nicht nur ein Ort auf der Landkarte. Denunziert wird die Schülerin vom eigenen Direktor.

„Ich bin entsetzt“, sagt die Mutter der JUNGEN FREIHEIT. Und die Stimme der Frau zittert vor Empörung: „Das ist so eine heftige, mit Verlaub, Stasischeiße, ich hätte das in meinem ganzen Leben nicht für möglich gehalten, was meiner Tochter hier angetan wurde.“ Ihre Tochter, wir nennen sie Miriam, ist 16 Jahre alt. Sie ist Schülerin des Richard-Wossidlo-Gymnasiums in Ribnitz-Damgarten in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben die Personen anonymisiert, um sie zu schützen – die Frage ist nur: Vor wem?

Rückblick: 27. Februar. Während Miriam morgens in der Schule sitzt und büffelt, greift Schuldirektor Jan-Dirk Zimmermann zum Telefon. „Gegen 09:45 Uhr informierte der Schulleiter die Polizei über einen möglicherweise strafrechtlichen Sachverhalt“, erklärt Marcel Opitz, der Pressesprecher der zuständigen Polizeiinspektion Stralsund, der JF den Ablauf des Geschehens. „Demnach lägen Informationen vor, wonach eine 17jährige Schülerin mutmaßlich verfassungsfeindliche Inhalte in sozialen Netzwerken verbreitet haben könnte. Es wurde ein Funkwagen zur Schule entsandt, um diesen Sachverhalt zu prüfen.“

.....

Was war denn nun der Grund für diesen Anruf des Direktors bei der Polizei? „Meine Tochter“, sagt die Mutter, „hatte vor einigen Monaten auf TikTok ein Schlümpfe-Video gepostet. Da heißt es, daß die Schlümpfe und Deutschland etwas gemeinsam haben: Die Schlümpfe sind blau und Deutschland auch. Das war wohl ein witziger AfD-Werbe-Post. Und dann

hat sie einmal gepostet, daß Deutschland kein Ort, sondern Heimat ist.“

.....

Plötzlich geht es um Volksverhetzung

Die JF fragte bei der Polizei nach, wie man solch ein „Gespräch“ zwischen Polizisten und Jugendlichen eigentlich bezeichnet und was man ihr jetzt konkret vorwirft. „Nach der Feststellung, daß nach vorliegenden Informationen kein strafrechtlicher Sachverhalt vorzuliegen scheint, wurde mit der Schülerin eine Art „Gefährderansprache“, hier ein normenverdeutlichendes Gespräch gemäß Paragraph 13 SOG M-V geführt“, so Polizeisprecher Opitz, „um letztlich auch aufzuzeigen, daß es Straftatbestände wie § 86a StGB und andere gibt“.

Das muß man übersetzen: Das „SOG M-V“ ist das Sicherheits- und Ordnungsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern. [Paragraph 13](#) definiert die Allgemeinen Befugnisse: „Die Ordnungsbehörden und die Polizei haben im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtgemäßem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem Einzelnen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit oder Ordnung bedroht wird.“

<https://t.me/CompactMagazin/29983> 14.3.2024

 COMPACT. VIDEO <https://www.youtube.com/watch?v=mvbEY7w8qKc>

Skandal: Bank kündigt COMPACT Konten!

Aus dem Newsletter:

Liebe Leser,

ein Schwarzer Tag für die Pressefreiheit: Erstmals erlauben Richter einer Sparkasse, einem Presseorgan die Konten zu kündigen.

Das war noch nicht einmal in der DDR so, kommentierte MdB Christina Baum diesen ungeheuerlichen Schritt bei [COMPACT-TV](#). Nicht nur das Grundgesetz wurde durch den Richterspruch mit Füßen getreten.

Sondern auch eines der höchsten Güter, die im Art 5 verbriefte Pressefreiheit. Freiheit ist unteilbar, wie der Anwalt von COMPACT vor Gericht argumentierte. Ebenso kann es bei der Meinungsfreiheit keine Abstriche geben. Gerade vor der deutschen Geschichte sollte ein solcher Eingriff von staatlicher Seite zu denken geben.

Besonders brisant an diesem Fall ist, dass hier nicht irgendeine Bank gekündigt hat. Sparkassen sind als Anstalten des öffentlichen Rechts unmittelbar ans GG gebunden und zur Sicherung der Grundrechte verpflichtet. Sie gehören zur Daseinsvorsorge genauso mit Strom oder Wasser. Daseinsvorsorge kann nicht an Bedingungen geknüpft sein. Doch der Richter blieb dabei. Schluss aus. Am 30. April.

Keine Sorge, liebe Leser, in diesen stürmischen Zeiten haben wir mit einem solchen Schritt gerechnet. Wir haben vorgesorgt und sind mit anderen Banken bereits in Verhandlung. Ein solcher radikaler Schnitt wird für uns jedoch nicht ohne Verluste sein.

<https://www.nius.de/kommentar/medien-skandal-faeser-pumpt-steuergeld-in-deutschlands-wichtigsten-nachrichten-lieferanten/f7517e9c-3b16-4116-a059-c20a33bf0747> 13.3.2024

.....

Unter dem Projektnamen "Jahr der Nachricht" finanziert das Innenministerium eine Kampagne mit dem Slogan: „Vertraue Nachrichten, die stimmen statt Stimmung machen.“ Es handelt sich dabei um eine „Kampagne gegen Desinformation“ zu den Themen „Klimawandel, Rechtsextremismus und Ampel-Streit“.

Noch einmal, weil es so unglaublich ist: Das Bundesinnenministerium bezahlt die Deutsche Presseagentur, um gegen „Desinformation“ und „Nachrichten, die Stimmung machen“ beim Thema „Ampel-Streit“ vorzugehen. Journalisten nehmen Geld von der Regierung, um in Zukunft „Nachrichten, die stimmen“ über die Regierung zu verfassen.

Und es kommt noch besser: Das regierungsfinanzierte Projekt der DPA, das sich in fast alle Redaktionen des Landes fressen wird, sagt vollkommen offen, wogegen man vorgehen will.

Misstrauen gegen den Staat ist also nicht mehr erwünscht und wird mit Geld von der Regierung durch die DPA bekämpft. Misstrauen gegen den Staat ist eigentlich die Grundlage von Journalismus. Desinformation führe zu „Selbstgefährdung z. B. durch falsche Informationen zu Impfungen“, heißt es weiter.

Die Regierung, die uns mit dem Wort „nebenwirkungsfrei“ belogen hat und uns entgegen aller Schwüre eine Impfpflicht aufzwingen wollte, bezahlt jetzt die DPA, um falsche Informationen zu Impfungen zu bekämpfen.

<https://apollo-news.net/ampel-will-renten-milliarden-in-klima-transformation-umleiten/> 7.3.2024

So will die Ampel jetzt Renten-Milliarden in die Klima-Transformation umleiten

Die 200 Milliarden-Aktienrente will die Ampel statt nach rein wirtschaftlichen Aussichten, vor allem nach Klima- und Ideologie-Kriterien anlegen. Damit wird die Rente der Zukunft nicht nur einem höheren Risiko ausgesetzt - die Ampel schafft sich erneut einen Schattenweg zur Querfinanzierung ihrer Klimapolitik.

Mit dem neuen Rentenpaket möchte die Ampel-Regierung erstmals in großem Stil staatlich gelenkt in Aktien investieren – ein geplantes Gesamtvolumen von 200 Milliarden Euro. Die FDP feiert das Vorhaben und prahlt damit, dass der Markt schließlich der beste Ort wäre, um langfristig Geld für die Rente anzulegen. Das dürfte grundsätzlich auch nicht falsch sein, bloß treffen hier nicht individuelle Bürger die Entscheidung, wo sie ihr Ersparnis anlegen, sondern der Staat tut es für sie. Doch agiert dieser wirklich mit den neuen Milliarden ausschließlich im wirtschaftlichen Interesse deutscher Rentner?

Wirft man einen Blick in den Gesetzesentwurf zum Rentenpaket II, dann stößt man dort auf „ESG“ – das angesagte neue Schlagwort in Polit- und

Businesskreisen. Es steht für „Environmental, Social and Governance“ (zu dt. etwa „Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführung“), ein Rating-System, das Unternehmen danach bewertet, wie nachhaltig und sozial progressiv, um Investmententscheidungen davon abhängig zu machen. Es geht beim Anlegen der Rente also nicht mehr um marktwirtschaftliche Erfolgsaussichten und Kreditwürdigkeit, sondern um Ideologie. Und genau das soll jetzt auch mit deutschen Rentengeldern passieren, sie sollen nach eben jenen ESG-Kriterien angelegt werden, das steht so schwarz auf weiß im Gesetzesentwurf zum Rentenpaket II des Bundesarbeitsministeriums, der Apollo News vorliegt.